

Kleine Anfrage 465

des Abgeordneten Christoph Schulze
fraktionslos

an die Landesregierung

Kosten für BER sind nur netto kalkuliert

In der Zeitschrift „Die Welt“ äußerte sich der scheidende Chef des Flughafens Berlin-Brandenburg, Herr Mehdorn, der sein Amt als Vorsitzender der Flughafengesellschaft zum 15.03.2015 aufgegeben hat, sich in der 11. Kalenderwoche wie folgt: „Die aktuell kursierenden Kosten von 5,4 Milliarden € enthalten weder Zinsen, noch die Flughafenerweiterung“

Eine große deutsche Zeitschrift titelte: „5,4 Milliarden € sind nur Nettokosten Mehdorn: BER wird noch viel teurer“ Die Presse schreibt, der scheidende BER-Chef Mehdorn hat für seinen Nachfolger noch eine Hiobsbotschaft parat: „Die Baukosten des neuen Berliner Großflughafens BER werden noch einmal deutlich teurer ausfallen, als bisher angenommen. In der aktuell kursierenden Summe von 5,4 Milliarden € seien weder die Zinsen, noch der Finanzierungsaufwand, noch die Flughafenerweiterung enthalten“, sagte Mehdorn im Inforadio des Hessischen Rundfunks. „Das sind die Nettokosten“, fügte Mehdorn hinzu.

Die Landesregierung Brandenburg hat dem Landtag Brandenburg als einem der Mitgesellschafter bisher dazu nichts mitgeteilt. Der Landtag verfügt aber über das Haushalts- und Budgetrecht und sollte darüber umfassend informiert werden.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Entspricht es den Tatsachen, dass die bisherigen Kosten i.H.v. 5,4 Milliarden nur **netto** gerechnet sind?
2. Trifft es zu, was Herr Mehdorn ausführte, dass die Kosten für Zinsen, Finanzierungsaufwand und Flughafenerweiterung in den bisher dem Landtag offiziell mitgeteilten Kosten noch nicht enthalten sind?
3. Mit welchen weiteren Kosten muss die Landesregierung und der Landtag Brandenburg bei der Haushaltsplanung in den nächsten Jahren rechnen?
4. Sind weitere Zuschüsse an den Flughafen geplant? Wenn ja, wann und wie viele? Ist ein entsprechendes Notifizierungsverfahren, wie seinerzeit 2012 mit dem PIT auf den Weg gebracht?

5. Wann gedenkt die Landesregierung den Landtag Brandenburg und die Öffentlichkeit über die zusätzlichen Kosten zu informieren?